

VOLKER ZIMMERMANN

## „VOLKSGENOSSEN“ ERSTER UND ZWEITER KLASSE? REICHS- UND SUDETENDEUTSCHE IN BÖHMEN UND MÄHREN 1938–1945

Als Anfang Oktober 1938 Wehrmachtfahrzeuge die deutsch-tschechoslowakische Grenze überquerten, säumten jubelnde Menschen die Straßen. Manche von ihnen weinten vor Freude. Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland hatten kurz zuvor im Münchener Abkommen die Abtretung der mehrheitlich von Deutschen besiedelten tschechoslowakischen Randgebiete an das Deutsche Reich vereinbart. Die Sudetendeutschen, so die NS-Propaganda, seien nun Teil der deutschen „Volksgemeinschaft“ – so genannte „Volksgenossen“ –, die herzlich von ihren Brüdern und Schwestern willkommen geheißen würden. Das Selbstbestimmungsrecht, dessen Realisierung die deutschen Parteien in der Tschechoslowakei seit 1918 so vehement gefordert hatten, sei ihnen nun endlich gewährt worden. Nach offizieller Lesart konnte dies nur bedeuten, den Anschluss an das Deutsche Reich zu vollziehen.<sup>1</sup>

Man kann ohne Übertreibung konstatieren, dass der Wunsch des überwältigenden Teils der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakischen Republik in Erfüllung gegangen war. Der Führer der Sudetendeutschen Partei (SdP), Konrad Henlein, hatte ihn Mitte September 1938 prägnant formuliert: „Wir wollen heim ins Reich!“<sup>2</sup> Wie es den Sudetendeutschen aber in ihrer neuen Heimat ergangen ist, ob sich ihre Hoffnungen auf nationale Selbstbestimmung und eine Verbesserung ihrer sozialen Lage erfüllten oder nicht, ist keineswegs unstrittig. In der Nachkriegsliteratur, oft aus der Feder sudetendeutscher Publizisten, ist im Gegenteil von großer Enttäuschung die Rede: Die Menschen seien binnen kurzem von den ins Land gekommenen Reichsdeutschen dominiert und bevormundet worden,

---

<sup>1</sup> Der Beitrag stützt sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse meiner Studie: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland, Essen 1999 (= Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission, 9 = Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im Östlichen Europa, 16).

<sup>2</sup> Ebd., S. 63.

welche die besten Posten besetzt und sich allzu oft anmaßend verhalten hätten. So ist in den Memoiren von Walter Becher, des ehemaligen Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die Rede von „Reichsgermanen“, in deren Hand der Gau geraten sei.<sup>3</sup> In einer anderen Publikation heißt es:

„Die einsetzende deutsche Verwaltung und die ‚Gleichschaltung‘ glichen – vor allem durch die massenweise ins Land gekommenen Reichsbeamten, Amtsleiter, Amtswalter und anderen Beauftragten – alsbald das Sudetenland den anderen deutschen Provinzen an.“<sup>4</sup>

Hier wie an anderer Stelle fehlt auch nicht der Hinweis darauf, dass die Bevölkerung diese Entwicklung negativ aufgenommen habe.

Die Überprüfung des Wahrheitsgehaltes dieser Behauptung berührt zwei Themen, die nach dem Krieg bezüglich der deutsch-tschechischen Beziehungen eine (geschichts-)politische Dimension besaßen: das Thema der Verantwortung sudetendeutscher Funktionsträger an der NS-Herrschaft in Böhmen und Mähren sowie die Frage nach der Einstellung der dortigen Bevölkerung zum Nationalsozialismus. Denn der Verweis auf die Entscheidungsgewalt reichsdeutscher Funktionäre suggeriert, Einheimische hätten im NS-Herrschaftssystem keine Verantwortung getragen und seien deshalb nicht für dessen verbrecherischen Charakter verantwortlich zu machen. Auf der anderen Seite ist zu prüfen, ob eine besondere regionale und historische Identität der ehemals tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität eine Integration in den deutschen Staatsverband erschwerte, der totalitäre Herrschaftsanspruch größeren Widerstand als bei den schon lange der NS-Propaganda ausgesetzten Reichsdeutschen provozierte – oder eben vielleicht die geschilderte Nachkriegssicht nur Ausdruck apologetischer Propaganda war. Anders gefragt: Waren die Sudetendeutschen wirklich „Volksgenossen“ zweiter Klasse?

Bevor dieser Frage nachzugehen ist, sind einige Worte zur Quellenbasis und zur Begrifflichkeit notwendig. So stützt sich die Analyse auf Äußerungen sudetendeutscher Funktionäre und aus der Bevölkerung, wie sie in Berichten der NSDAP, des Sicherheitsdienstes (SD) der SS, verschiedener Verwaltungsorgane wie etwa der Regierungspräsidenten des Reichsgaus Sudetenland, in zeitgenössischen Reden und Artikeln sowie in Zeitzeugenaussagen festgehalten sind. Zur Aussagefähigkeit und Interpretation insbesondere der nationalsozialistischen Lageberichte ist bereits viel geschrie-

<sup>3</sup> WALTER BECHER, *Zeitzeuge. Ein Lebensbericht*, München 1990, S. 95.

<sup>4</sup> RUDOLF OHLBAUM, Der Rechtskampf der Sudetendeutschen, in: *Sudetendeutschthum gestern und heute. Eine gesamtdeutsche Verpflichtung*, hg. v. Heinrich Kuhn, München 1986, S. 51–98, hier S. 97.

ben worden.<sup>5</sup> Ihre Auswertung führt vor allem deswegen zu wertvollen Ergebnissen, weil sie auf der Grundlage einer dichten Überlieferung erlauben, einzelne Bevölkerungsgruppen aus unterschiedlicher Perspektive zu betrachten. Zeitliche und regionale Parallelitäten von Phänomenen wie z.B. Unzufriedenheitsäußerungen – zumal wenn sie von Zeitzeugen und internen Einschätzungen des Herrschaftsapparates bestätigt werden – ermöglichen es, Rückschlüsse auf Stimmungstrends in der Bevölkerung zu ziehen.<sup>6</sup>

Die gewählte Begrifflichkeit, vor allem die Bezeichnungen „Sudetendeutsche“ und „Reichsdeutsche“, soll die einheimischen Bewohner des Gaus von den Deutschen in den Grenzen des Reichs vom September unterscheiden. Bei dem Terminus „sudetendeutsch“ handelt es sich um eine Begriffskonstruktion, die alle Deutschen der böhmischen Länder zu einer „Volksgruppe“ zusammenfassen sollte und die sich vor allem nach der tschechoslowakischen Staatsgründung 1918 durchsetzte.<sup>7</sup> Statt der Bezeichnung „reichsdeutsch“ enthalten die Quellen auch die vermeintlich korrektere Bezeichnung „altreichsdeutsch“, denn die Sudetendeutschen waren schließlich seit Ende 1938 formal ebenfalls deutsche Staatsbürger und somit „Reichsdeutsche“. Ich verwende dennoch die Begriffe „Sudetendeutsche“ und „Reichsdeutsche“, um unterschiedliche Erwartungshaltungen und Einstellungen auch vor dem Oktober 1938 und in der Eingliederungsphase besser herausarbeiten zu können.

Der Beitrag gliedert sich in vier Teile: Im ersten stehen sudetendeutsche Erwartungen an den NS-Staat im Vordergrund, im zweiten erste Reaktionen auf die Realität im nunmehr „Großdeutschen Reich“, im dritten werden Nachwirkungen des „Volkstumskampfes“ zwischen Tschechen und Deutschen erläutert und am Ende wird noch einmal die Frage nach den vermeintlich zweitklassigen Volksgenossen aufgeworfen.

---

<sup>5</sup> MARLIS STEINERT, Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf, Wien 1970 (= Veröffentlichungen des Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales). IAN KERSHAW, Popular Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933–1945, Oxford 1983.

<sup>6</sup> Zur Quellenkritik und -interpretation bezüglich der Bevölkerungsstimmung ZIMMERMANN, Die Sudetendeutschen (wie Anm. 1), S. 30–32.

<sup>7</sup> Vgl. zum Begriff „sudetendeutsch“ u.a. HANS LEMBERG, Tschechen, Slowaken und Deutsche in der Tschechoslowakischen Republik, in: Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa, hg. v. DIETMAR STORCH, Bonn 1995, S. 30–49, hier S. 40 f.

## Die „neue Welt“

Zu Beginn war vom Jubel über den Einmarsch der Wehrmacht die Rede. Diese Begeisterung speiste sich im Wesentlichen aus vier Elementen:

1. die Erleichterung über die Eindämmung der 1938 allgemeinen und im September 1938 besonders akuten Kriegsgefahr;
2. die Hoffnung, die aus den Folgen der Weltwirtschaftskrise resultierende überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit in den mehrheitlich von Deutschen besiedelten Gebieten der Tschechoslowakei werde nach der Eingliederung in das Reich bald überwunden;
3. die Erwartung, die vermeintliche „nationale Unterdrückung“, die seit der unfreiwilligen Eingliederung der Deutschen in die ČSR 1918 beklagt worden war, gehöre nun der Vergangenheit an;
4. die Verklärung der Verhältnisse im Deutschen Reich durch eine massive Propaganda des reichsdeutschen Rundfunks und durch die „Sudetendeutsche Partei“, der seit 1935 mitgliederstärksten und erfolgreichsten deutschen Partei in der Tschechoslowakei.

Es waren somit nicht nur fanatische Nationalsozialisten, die in jenen ersten Oktobertagen des Jahres 1938 jubelten. Allgemein begrüßte ein Großteil der rund drei Millionen Sudetendeutschen die Eingliederung in das Reich, die der ehemalige Führer der Sudetendeutschen Partei und nunmehrige NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter Konrad Henlein spätestens seit November 1937 betrieben hatte. Der nun gebildete „Reichsgau Sudetenland“ sollte nach dem Willen der Reichsregierung ein „Mustergau“ werden, Vorbild für eine Reichsreform, deren Ziel die Einheit von Partei und Staat war. In drei Regierungsbezirken – Eger, Aussig und Troppau – aufgeteilt, umfasste der Gau westböhmische, nordböhmische und nordmährisch-schlesische Gebiete. Die Mehrzahl der Deutschen in Südböhmen und Südmähren gliederte der NS-Staat direkt in die Gau Bayerische Ostmark sowie Nieder- und Oberösterreich ein. Der Expansionswill des Deutschen Reiches im böhmisch-mährischen Raum endete bekanntlich nicht mit dem Münchener Abkommen und der Bildung des Reichsgaus. In dem am 16. März 1939 proklamierten „Protektorat Böhmen und Mähren“ fanden sich schließlich weitere rund 189.000 ehemalige tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Nationalität unter NS-Herrschaft wieder.

Der Zuspruch zu dieser Entwicklung nahm auch nicht ab, als sudetendeutsche Radikale sozialdemokratische und kommunistische Gegner verprügeln und die Gestapo diese verhaftete. Dass nur wenige Wochen nach dem Einmarsch der Wehrmacht auch in den besetzten Gebieten die Synagogen brannten, milderte die Anschlussbegeisterung ebenfalls nicht. Im Gegenteil: Gemessen an der Bevölkerungszahl wies die NSDAP-Sudetenland den höchsten Mitgliederstand im gesamten Reich auf, für die SA galt

dies ebenso.<sup>8</sup> Starken Mitgliederzulauf verzeichneten die NS-Organisationen auch im Protektorat.

Wichtige Elemente, die zu der anhaltenden Begeisterung beitrugen, bildeten eine massive Propagandaaktivität sowie wirtschaftliche und soziale Hilfsmaßnahmen. So setzte die NS-Führung die Bevölkerung vor den so genannten Reichstagergänzungswahlen in den sudetendeutschen Gebieten am 4. Dezember 1938, die der Weltöffentlichkeit die Rechtmäßigkeit der Besetzung beweisen sollten, einer regelrechten Dauerpropaganda aus. Zeitgleich präsentierten sich NS-Organisationen – wie etwa die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt – als Helfer in der Not und es gelangten umfangreiche Wirtschafts- und Finanzhilfen in die neuen Reichsgebiete. Symbolträchtige Infrastruktur- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie der Autobahnbau nährten die Hoffnung, nun würden auch die Sudetendeutschen vom reichsdeutschen Wirtschaftswunder profitieren. Zwei Zeitzeugen – noch im Rückblick begeistert – gaben nach dem Krieg zu Protokoll:

„Die Arbeitslosigkeit gehörte bald der Vergangenheit an, jeder hatte Arbeitsmöglichkeit und lohnenden Verdienst. Von den verschiedenen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, einschließlich Reisen durch KdF wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Wir lebten alle in einer neuen Welt!“<sup>9</sup>

In der Tat sank die Arbeitslosigkeit in kurzer Zeit. Am 30. November 1938, rund zwei Monate nach dem Einmarsch der Wehrmacht, wurden noch rund 196.000 Arbeitslose im Sudetenland gezählt – am 30. April 1939 nur noch etwa 45.500. Der Abbau der Arbeitslosigkeit war ein besonders wichtiger Grund für Zufriedenheit, was auch ein Informant der Exilorganisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) anerkannte: „Am meisten zufrieden ist bis jetzt die Arbeiterschaft. Es gibt Arbeit für alle.“<sup>10</sup> Dass dieser von vielen Menschen positiv bewertete Anfangsschwung auch in den nachfolgenden Monaten anhalten werde, war eine allgemeine Meinung. Gestützt wurde diese durch die direkt nach dem Einmarsch und im Zuge der Wahlpropaganda von reichsdeutschen und sudetendeutschen Funktionären verkündeten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Versprechungen. Genau diese Versprechungen erwiesen sich für die NS-Funktionäre jedoch bald als Bumerang.

<sup>8</sup> ZIMMERMANN, Die Sudetendeutschen (wie Anm. 1), S. 135.

<sup>9</sup> Alfred L. und Wenzel B., Königswalde, Kreis Schluckenau, undatiert. BArch Bayreuth, Ostokumentation 20/15, Kennziffer: I/17. Hervorhebung vom Verfasser.

<sup>10</sup> Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, hg. v. KLAUS BEHNKEN, Salzhausen usw. 1980–1982, hier Bd. 6: Jg. 1939, Januar, S. 16.

## Nach der Euphorie: Ernüchterung

Bereits im Laufe des Jahres 1939 wurden Klagen über das Leben in der „neuen Welt“ laut. Sie bezogen sich vor allem auf vier Bereiche:

1. eine Diskrepanz zwischen schnell steigenden Preisen und niedrigen Löhnen. Dies betraf vor allem die Menschen, die in der im Sudetenland weit verbreiteten Konsumgüterindustrie beschäftigt waren;
2. die Auflösung traditionsreicher Vereine bzw. deren Eingliederung in NS-Organisationen. Sie traf gerade diejenigen schwer, die sich zuvor als Funktionäre und Mitglieder von Volkstumsverbänden im Kampf gegen die ČSR engagiert hatten;
3. eine angebliche oder tatsächliche Benachteiligung Einheimischer gegenüber Reichsdeutschen bei der Vergabe lukrativer Posten;
4. ein angebliches oder tatsächliches arrogantes Verhalten von zugezogenen reichsdeutschen Beamten und Fachkräften gegenüber der einheimischen Bevölkerung.

Die ersten Anzeichen unterschiedlicher Interessenlagen traten bereits in den ersten Monaten nach der Grenzöffnung in Erscheinung, als Scharen von Reichsdeutschen die für sie günstigen Preise in den neuen Gebieten zu Einkaufsfahrten nutzten. Infolge dieses Booms hatten manche Regionen bald mit ausverkauften Lagern und Preissteigerungen zu kämpfen. Während diese Erscheinungen die einheimische Bevölkerung offenbar noch eher irritierte als Unmut hervorrief, verursachte die Konkurrenz zwischen Einheimischen und Reichsdeutschen um Posten in den neu entstehenden Behörden erheblich mehr Probleme. Einem Bericht des Duxer NSDAP-Kreisleiters für Juli 1940 zufolge meinten sudetendeutsche Parteimitglieder, besonders gute Stellen würden von Reichsdeutschen besetzt, die oft nur ihrem Abzeichen, nicht aber ihrer Haltung nach „wahre“ Nationalsozialisten seien. Dies wirke sich auf die Bevölkerung negativ aus, die der Meinung sei, ihr Volkstumskampf werde nicht geachtet und die Sudetendeutschen seien „zu große Idealisten“:

„So hört man oft das Wort von der Sudetendeutschen-Kolonie und gegen welche Begriffe sich unsere Menschen innerlich aufzäumen und zu wehren versuchen. [...] Ich sehe mich verpflichtet, warnend zu rufen, ehe der letzte Idealismus verronnen ist.“<sup>11</sup>

Belege für diese Enttäuschung durchziehen sämtliche ausgewerteten Quellenkategorien. Selbst in offiziellen Reden erwähnten sudetendeutsche Funk-

<sup>11</sup> Bericht der NSDAP-Kreisleitung Dux für Juli 1940. Státní oblastní archiv Litoměřice (Staatliches Gebietsarchiv Leitmeritz, weiter: SOAL), Župní vedení (Gauleitung, weiter: ZV) NSDAP, Inv.-Nr. 3, Karton 3.

tionäre diese Probleme, was in der Tat auf eine massive Beeinträchtigung der Stimmungslage hinweist. Henlein sprach im Juni 1939 in einem Interview mit der *Berliner Börsenzeitung* öffentlich davon, dass die Sudetendeutschen eine sehr idealistische Vorstellung von allem hätten, was aus dem „Altreich“ komme: „Es wäre doppelt bedauerlich, wenn dieses Bild durch Verständnislosigkeit und durch Taktlosigkeit einzelner getrübt wird.“<sup>12</sup> Vor diesem Hintergrund erschien einem sudetendeutschen Politiker im Rückblick die Auseinandersetzung mit Reichsdeutschen als „erbitterter Kampf gegen die Überfremdung des Sudetendeutschstums vom Reich her, die öde Gleichschalterei und das arrogante Auftreten so mancher, zum Teil auch korrupter Reichsbeamter“.<sup>13</sup>

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass auch die Exilpresse den Eindruck einer Benachteiligung vermittelte. Gerade in Verwaltungsfragen würden die Einheimischen „von den Nazis aus Preußen und Sachsen für gleich unwürdig und unmündig gehalten, sich ihre eigenen Geschäfte selbst zu regeln wie Tschechen oder Polen“.<sup>14</sup> Auch in der tschechischen Auslands presse hieß es, viele Sudetendeutsche hätten nach dem Anschluss vergebens auf die besten Posten und eine steile Karriere gehofft.<sup>15</sup> Da die Berichte der Exilpresse ihrerseits jedoch auf Meldungen aus dem Gebiet beruhten, gaben sie in erster Linie die auch von den NS-Stellen beobachtete Stimmungslage vor Ort wieder. Dennoch ist zu konstatieren und durch Zeitzeugen bestätigt, dass Teile des einheimischen Führungspersonals und offensichtlich große Teile der Bevölkerung die Situation nach dem Anschluss so wahrnahmen, als seien die Sudetendeutschen nicht mehr Herr im eigenen Haus. Ein derart schichten- und parteipolitisch übergreifender Eindruck erfordert in der Tat eine genauere Analyse – deren Ergebnisse allerdings verwundern.

So ergibt sich bei der Überprüfung eines häufig geäußerten Vorwurfs – die Sudetendeutschen seien bei der Vergabe lukrativer und verantwortungsvoller Posten ins Hintertreffen geraten – auf der politischen Ebene zunächst ein gegenteiliges Bild: Demnach dominierten in den Führungspositionen,

<sup>12</sup> Zitiert nach VERONIKA ARNDT, „Blut- und Boden“-Politik im „Sudetengau“. Zur Agrar- und Nationalitätenpolitik der deutschen Faschisten im okkupierten Grenzland der SR, Diss. masch., Leipzig 1970, S. 60.

<sup>13</sup> WALTER BRAND, Auf verlorenem Posten. Ein sudetendeutscher Politiker zwischen Autonomie und Anschluß, München 1985 (= Veröffentlichungen des Sudetendeutschen Archivs in München, 21), S. 77.

<sup>14</sup> Die Neue Volkszeitung (New York) vom 1. Juni 1940. Státní ústřední archiv (Staatsliches Zentralarchiv, weiter: SÚA), Zahraňční tiskový archiv (Auslandspressearchiv, weiter: ZTA), Inv.-Nr. 480, E-2, Karton 584.

<sup>15</sup> So z.B. im Denní hlasitel (Chicago), Januar 1939. SÚA, ZTA, Inv.-Nr. 480, E-2, Karton 584.

die die NSDAP des Sudetengaus zu vergeben hatte, von 1938 bis zum Kriegsende ehemalige SdP-Funktionäre auf allen Stufen der Partei hierarchie. Von der Gauleitung über die Kreisleitungen bis hinunter zu den Ortsgruppen gaben einheimische Nationalsozialisten den Ton an, reichsdeutsche Funktionäre lassen sich lediglich in geringer Zahl nachweisen. Oft hatten nur die Amtsbezeichnungen der ehemaligen SdP-Funktionäre gewechselt, die nun als NSDAP-Amtsleiter amtierten. Zumindest formell kontrollierten also Sudetendeutsche den Parteiapparat.<sup>16</sup>

Die Verwaltung bot ein differenzierteres Bild: Da es unter den Sudetendeutschen kaum Personen gab, die die Strukturen, Normen und Ge pflogenheiten der reichsdeutschen Verwaltung kannten, waren 1938/39 mit dem Einverständnis der sudetendeutschen Parteiführung viele Beamte aus anderen Reichsgebieten in den Gau versetzt worden. Dementsprechend mussten die einheimischen Interessenten zunächst umgeschult werden. Die sudetendeutsche Gauleitung drängte aber bald auf einen stärkeren Einsatz einheimischer Kräfte besonders in symbolträchtigen Positionen. So waren die drei Regierungspräsidenten in Karlsbad, Aussig und Troppau prominente Sudetendeutsche, ihre Stellvertreter jedoch Reichsdeutsche. Ein gutes Beispiel für die verfolgte Personalpolitik bietet die Besetzung der Landratsposten. Waren diese zunächst ausschließlich in den Händen von Reichsdeutschen, die zusammen mit der Wehrmacht eingerückt waren, nahmen nach Umschulungen einheimische Beamte viele dieser Positionen ein. Siestellten schließlich etwa die Hälfte der Landräte im Reichsgau Sudetenland.<sup>17</sup>

Innerhalb der Behörden ergab sich schließlich ein Mischungsverhältnis, das nicht in Prozentzahlen aufgeschlüsselt werden kann. Zudem waren offensichtlich einige Bereiche wie die Polizei oder die Reichsbahn von Reichsdeutschen dominiert, andere wie das Schulwesen oder die Gauselbstverwaltung von Einheimischen. Im Protektorat profitierten ebenfalls viele einheimische Deutsche von zahlreichen Beschäftigungsmöglichkeiten in den neu geschaffenen Behörden, auch wenn sie hier selten Spitzenfunktionen einnahmen. Der prominente ehemalige SdP-Politiker Karl Hermann Frank bildete als Staatssekretär und ab 1943 Staatsminister für das Protektorat Böhmen und Mähren eine Ausnahme. Auf keinen Fall belegt die Analyse aber die Behauptung, die Deutschen in Böhmen und Mähren seien ausschließlich von Reichsdeutschen regiert worden. Eine auffällige Diskrepanz herrscht also zwischen den Fakten und der sowohl zeitgenössischen als auch lange nach Kriegsende aufgestellten Behauptung einer Zurücksetzung von Sudetendeutschen.

<sup>16</sup> ZIMMERMANN, Die Sudetendeutschen (wie Anm. 1), S. 119-131.

<sup>17</sup> Ebd., S. 149-157.

Es war also offensichtlich eher das *Gefühl*, zu kurz zu kommen, als eine tatsächliche Benachteiligung. Dieses Gefühl äußerte sich in verschiedensten Formen – sei es in Klagen über arrogantes Benehmen eines reichsdeutschen Funktionärs, über höhere Lebensmittelpreise als in benachbarten reichsdeutschen Gebieten, über Anfeindungen gegen Sudetendeutsche (und auch Österreicher) beim Dienst in der Wehrmacht usw. Eine immer wiederkehrende Klage bezog sich auf das tatsächlich zuweilen anmaßende Auftreten mancher Reichsdeutscher im Alltag. Diese Feststellungen betreffen die Stimmungslage von Teilen der Bevölkerung und der Funktionäre auf den mittleren und unteren Partei- und Verwaltungsebenen. Auf der Führungsebene des Reichsgaus kam ein Konflikt zwischen Teilen der Parteiführung und dem SD hinzu. In dessen Folge wurden einige einheimische Funktionäre sowie viele ehemalige Mitglieder der sudetendeutschen Jugendbewegung der Homosexualität beschuldigt. Doch waren an diesen internen „Säuberungen“ im NS-Apparat auch sudetendeutsche Nationalsozialisten beteiligt, die aus der Zeit der Ersten Tschechoslowakischen Republik herrührende Rechnungen mit ehemaligen, in ihren Augen ideologisch nicht zuverlässigen Kontrahenten begleichen wollten.

Im Gau entstanden somit zahlreiche Konflikte, die sich nicht immer auf den Gegensatz zwischen Reichsdeutschen und Sudetendenutschen reduzieren lassen. Dennoch wurden die Gründe für das tatsächlich vorhandene wirtschaftlich-soziale Gefälle zwischen Reichsdurchschnitt und den Gegebenheiten im Sudetengau oftmals generell auf „die Reichsdeutschen“ geschoben. Auch machten Gerüchte die Runde, es würden im Verhältnis mehr Sudetendeutsche an den Kriegsfronten sterben als Reichsdeutsche. Das größte Problem bildeten für die Gauleitung die bereits im Jahr 1939 auftretenden Klagen über den nach Meinung vieler Menschen zu langsamem wirtschaftlichen und sozialen Aufbau im Lande. Gauleiter Henlein fühlte sich bereits im Juli 1939 bemüßigt, die Bewohner seines Gaues öffentlich zur Geduld anzuhalten und bestätigte damit gleichzeitig die weit verbreitete Missstimmung. Seine Worte verdeutlichen aber eindrucksvoll, um was es bei vielen Klagen tatsächlich ging:

„Es gibt heute viele Sudetendeutsche, denen der Wiederaufbau unserer Heimat viel zu langsam erscheint. Sie erkennen die Schwierigkeiten, die mit der Angliederung eines durch zwanzig Jahre verarmten und zurückgebliebenen Wirtschaftsgebietes an die blühende Wirtschaft Großdeutschlands zusammenhängen.“<sup>18</sup>

---

<sup>18</sup> Leitmeritzer Zeitung vom 31. Juli 1939.

## Die Erfahrung des „Volkstumskampfes“

Dass es sich bei allen Zwistigkeiten und bei allem Ärger über die nur schwach spürbaren Segnungen des Anschlusses keineswegs um eine versteckte Kritik an den Zuständen in der NS-Diktatur handelt, belegen zwei weitere Phänomene:

1. Zum einen die Einstellung gegenüber Tschechen. Insbesondere sudetendeutsche Parteifunktionäre fühlten sich als erfahrene „Volkstumskämpfer“, von denen die angeblich unwissenden und nachsichtigen Reichsdeutschen noch etwas lernen könnten;
2. zum anderen empfanden manche Reichsdeutsche und Verwaltungsfunktionäre, die vor den alliierten Bombenangriffen in den Gau evakuiert worden waren, die Stimmung im Reichsgau selbst gegen Kriegsende als besonders linientreu.

Diese beiden Erscheinungen resultierten offensichtlich aus dem seit dem 19. Jahrhundert erbittert zwischen Tschechen und Deutschen geführten „Volkstumskampf“. Die Behandlung der tschechischen Minderheit im Gau oder der Tschechen im Protektorat ist dafür ein anschauliches Beispiel. Allein rund 291.000 Tschechen lebten laut Volkszählung von 1939 im Gau, wahrscheinlich waren es bedeutend mehr. Diese Minderheit verlor, ange-sichts der Realitäten im NS-Staat nicht verwunderlich, jegliche Form politischer und gesellschaftlicher Interessenvertretung – eine Politik, an der einheimische Funktionäre aufgrund ihrer Gegnerschaft infolge des Volkstumskampfes weitgehend beteiligt waren. Sie zeigten sich zum Leidwesen der Berliner Behörden in dieser Frage sogar besonders eifrig: Während die SS von der Möglichkeit der Germanisierung einer recht großen Zahl von Tschechen ausging, hielt die sudetendeutsche Gauleitung diesen Ansatz aufgrund ihrer Erfahrungen für besonders schädlich. Wollte die Reichsführung Tschechen auch in der Rüstungsindustrie des Sudetenlandes in größerer Zahl einsetzen, protestierte selbst Gauleiter Henlein. Gemessen an den unerfüllten Wünschen in diesen Fragen fühlten sich sudetendeutsche Funktionäre tatsächlich nicht als Herren im eigenen Hause.

Dabei vertraten sie den Anspruch, national besonders zuverlässig zu sein – und erwarteten dies auch von der eigenen Bevölkerung. So verlangte die SdP-Propaganda 1938 den Menschen für ihre vermeintliche nationale Befreiung besonders große Dankbarkeit ab, die insbesondere Adolf Hitler zu erweisen sei. Henlein schwor seine Landsleute nach dem Wehrmachtseinmarsch auf einer Kundgebung im Oktober 1938 auf diese Linie mit folgenden Worten ein:

„Und wir können ihm [Hitler, der Verf.] nicht schöner danken, ihm, der uns und unsere Kinder vor dem sicheren Verderben geschützt hat, als daß wir den Schwur ablegen, zu ihm zu stehen in guten und in bösen Tagen.“<sup>19</sup>

Im Zuge der geplanten Reichsreform sollte der bald für das Sudetenland auftretende Begriff „Mustergau“ nicht nur die Vorbildfunktion für eine neue staatliche Ordnung betonen, sondern eine Aufforderung an jeden Sudetendeutschen sein, seine Pflicht gegenüber „Führer“ und Reich besonders treu zu erfüllen. Wiederholt hieß es, die Menschen hätten sich nun mustergültig zu verhalten und das in sie gesetzte Vertrauen werde sie mit Stolz erfüllen.

Aus der Diskrepanz zwischen der Propaganda, den hohen Mitgliederzahlen in NS-Organisationen, dem der deutschen Bevölkerung in anderen Reichsgebieten ähnlichen Haltung bezüglich der Verfolgung von Gegnern und des Kriegsverlaufs einerseits und den erwähnten Klagen andererseits lässt sich aber keine eindeutige Haltung der Mehrheitsbevölkerung des Gaus zum Nationalsozialismus ableiten. Dies ist angesichts der vielschichtigen Lebens- und Erlebniswelten auch nicht weiter verwunderlich. Ganz offensichtlich aber war die Zustimmung der meisten Sudetendenutschen zur Eingliederung ihrer Heimat in das Deutsche Reich ungebrochen, während zahlreiche Einzelaspekte des Transformationsprozesses beklagt wurden. Dass nicht einmal ein Jahr nach dem Einmarsch der Wehrmacht der Krieg ausbrach, erschwert die Analyse zusätzlich: Die Bewohner des Gaus erlebten sechs Jahre und acht Monate Krieg, aber nur elf Monate Frieden. In nur einem Jahr war „Normalität“ nicht zu erreichen, der Krieg schuf eine permanente Ausnahmesituation. Die Frage stellt sich daher, wie sich der Eingliederungsprozess und die Stimmungslage in Friedenszeiten entwickelt hätten.

Jedoch waren auch die Bewohner des Gaus von dem bereits erwähnten Volkstumskampf zwischen Tschechen und Deutschen geprägt, was Rückschlüsse auf die Mentalität der Menschen erlaubt. So war die Neigung, sich als Opfer einer feindlichen Umwelt zu fühlen, sowohl in der Habsburgermonarchie als auch in der Ersten Tschechoslowakischen Republik überaus verbreitet gewesen. Eine Schicksalsgemeinschaft sei hier entstanden, die sich zur Wehr setzen müsse. Abweichler aus den eigenen Reihen hatten es aus diesem Grunde schwer, und in der Tat schienen auch nach 1938 NS-Gegner nicht auf großen Rückhalt in der Bevölkerung hoffen zu dürfen. So heißt es in einem Bericht der Gestapostelle Karlsbad von Dezember 1940:

„Vor dem Anschluß der Sudetengebiete war der größte Teil der Bewohner deutsch eingestellt. Dieser deutsch eingestellte Teil der Bevölkerung stand dem

---

<sup>19</sup> Die Zeit (Reichenberg) vom 4. Oktober 1938.

kommunistischen und marxistischen Teil feindlich und kämpferisch gegenüber. Aus diesem Grunde verhält sich die Bevölkerung auch heute noch gegenüber kommunistischen und marxistischen Zersetzungsvorwürfen ablehnend. Jeder Ansatz zur illegalen Tätigkeit oder marxistischen Propaganda wird daher hier sofort zur Anzeige gebracht.“<sup>20</sup>

Weitere Berichte dieser Art, eine Analyse der Zahlen der Verhaftungen sowie Erinnerungsberichte belegen, dass von einem weit verbreiteten Widerstand keine Rede sein kann. Kritik an der Behandlung der tschechischen Minderheit im Gau oder der Tschechen im Protektorat ist kaum festzustellen, Kritik an der Judenverfolgung nur in einem bestimmten Maß während der Pogrome im November 1938. Dies schloss Resistenz gegenüber einzelnen Maßnahmen des NS-Systems nicht aus. So machte sich besonders unter katholischen Gläubigen Unmut über die Kirchenpolitik breit. Die erwähnten Unzufriedenheitsäußerungen über diverse Erscheinungen im NS-Staat sollten jedoch nicht überbewertet werden. Kritik war nur eine Seite der Medaille, sie stellte das System nur in Ausnahmefällen grundsätzlich in Frage. Auf den Reichsgau Sudetenland trifft das zu, was Martin Broszat über die Lage in Bayern während der NS-Zeit schrieb: „Das Neben- und Miteinander von Nonkonformität und Konformität“ stellte die Regel dar.<sup>21</sup>

Viele Sudetendeutsche beurteilten dagegen bei allen Unzuträglichkeiten die Ideologie der deutschen „Volksgemeinschaft“ ganz offensichtlich positiv. Sie wollten nicht zurück in eine wie auch immer geartete Tschechoslowakei und waren zu Arrangements bereit. Dieses Verhalten auf ihren ehemaligen Status einer nationalen Minderheit in der ČSR zurückzuführen, scheint angebracht zu sein. Die mit der Kriegslage verbundenen Stimmungsschwankungen bewegten sich auf ähnlichem Niveau wie in anderen Reichsgebieten: In der Zeit der militärischen Erfolge zeigte man sich im Allgemeinen einverstanden mit der Entwicklung, den Krieg gegen die Sowjetunion betrachtete man skeptisch und mit Sorge, vor allem nach der Niederlage in Stalingrad Anfang 1943 äußerten sich zahlreiche Menschen kritischer. Gegen Kriegsende scheint aber eine disziplinierte Haltung geherrscht zu haben. So hob der in den Gau versetzte Oberlandesgerichtspräsident in Leitmeritz noch am 5. Dezember 1944 die Bereitschaft hervor, für den „Endsieg“ Opfer zu bringen – hier sah er einen Unterschied zur Lage

<sup>20</sup> Gestapostelle Karlsbad an das Reichssicherheitshauptamt, 24. Dezember 1940. BArch Berlin, R 58/3845, 19-22.

<sup>21</sup> MARTIN BROSZAT, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts. In: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Teil C, hg. v. MARTIN BROSZAT u. a. München, Wien 1981, S. 691-709, hier S. 699; KERSHAW, Popular Opinion (wie Anm. 5), S. 384 f.

in der Bamberger Region, in der er zuvor tätig gewesen war.<sup>22</sup> Zahlreiche aus den bombengefährdeten Gebieten des Reiches in den Gau Sudetenland evakuierte Menschen wunderten sich über die strenge Einhaltung der Rationierungsvorschriften und die vorherrschende Disziplin.

Diese Beobachtungen decken sich mit einer spezifisch sudetendeutschen Propaganda, die darauf abzielte, den Bewohnern des Gaues die drohenden Gefahren im Falle einer Niederlage vor Augen zu führen. So beriefen sich im letzten Kriegsjahr sudetendeutsche Spitzenfunktionäre auf eine von der tschechischen Bevölkerung Böhmens und Mährens ausgehenden Gefahr und nutzten sie für ihre Durchhaltepropaganda. Gauleiter Henlein sprach im Oktober 1944 auf einer Kundgebung davon, der tschechoslowakische Exilpräsident Edvard Beneš wolle eine Million Sudetendeutsche umbringen, eine weitere Million zur Sklavenarbeit nach Sibirien schicken und „den Rest unter brutalstem Druck zur Preisgabe seines Volkstums zwingen“.<sup>23</sup> War es aber nicht gerade Sinn des sudetendeutschen Kampfes gewesen, die „Preisgabe seines Volkstums“ unter allen Umständen zu vermeiden? Henlein forderte die Sudetendeutschen also dazu auf, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, um dies zu verhindern:

„Denn selbst, wenn wir untergehen müßten – was keinesfalls geschehen wird – würden wir Stadt um Stadt, Dorf um Dorf, Haus um Haus verteidigen und uns unter ihren Trümmern begraben lassen.“<sup>24</sup>

Die Angst vor einer Restauration tschechischer Herrschaft bzw. Vertreibung, so legen die Ergebnisse nahe, ließ viele Menschen im Reichsgau Sudetenland besonders stark und schließlich vielleicht sogar verzweifelt auf einen Sieg des Deutschen Reiches hoffen. Dass die Bewohner des Gaus im Vergleich zu denen anderer Reichsgebiete erst sehr spät unmittelbare Kriegswirkungen spürten, hat die Tendenz zum Durchhalten sicher ebenfalls begünstigt.

## Fazit

Waren nun die Sudetendeutschen „Volksgenossen“ zweiter Klasse? Sie waren es offensichtlich eher in ihrer Selbstwahrnehmung als in der Realität – als eine reine „Kolonie“ wird man den Reichsgau kaum bezeichnen können, und auch im Protektorat profitierten Sudetendeutsche durchaus von

<sup>22</sup> Lagebericht des Oberlandesgerichtspräsidenten vom 5. Dezember 1944. BArch Berlin, R 22/3376, 136.

<sup>23</sup> Die Zeit (Reichenberg) vom 10. Oktober 1944.

<sup>24</sup> Ebd.

der NS-Herrschaft. Viele Faktoren haben in diesem Zusammenhang mit einem speziell reichsdeutsch-sudetendeutschen Spannungsverhältnis wenig zu tun: Konflikte zwischen den infolge des Bombenkriegs Evakuierten und der Bevölkerung der aufnehmenden Gebiete hat es beispielsweise auch in anderen Regionen des Reiches gegeben,<sup>25</sup> auch in Österreich folgte Katzenjammer der ersten Euphorie nach dem Anschluss.<sup>26</sup>

Der politische und wirtschaftliche Anpassungsprozess an das Deutsche Reich verlief eben weitaus schwieriger als erwartet. Die Diskrepanz zwischen den überzogenen Erwartungen, den vollmundigen propagandistischen Versprechungen und der ernüchternden Realität war zu groß. So ist von einer Vielzahl von Motiven auszugehen, die zahlreiche Menschen bezüglich ihrer Einstellung zu den Verhältnissen im NS-Staat bewegten. Kategorien wie „nationalsozialistisch“, „radikal“ oder – als Gegenteil – „widerständig“ erweisen sich vor diesem Hintergrund bei der Analyse als nur bedingt hilfreich. Die sowohl während der NS-Zeit als auch nach dem Krieg geäußerte Kritik an Erscheinungen des NS-Regimes lässt sich in diesem Zusammenhang auch als Gefühl interpretieren, kein gleichberechtigter Teil der Gemeinschaft geworden zu sein. Gleichwohl war die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft das erklärte Ziel vor und nach dem Anschluss gewesen. Diesen Widerspruch galt es aufzulösen, was jedoch bis 1945 nicht gelang.

Die Vehemenz der Klagen bereits seit Mitte des Jahres 1939 kann zudem mit der im Volkstumskampf wurzelnden Tradition erklärt werden, sich als bedrängte Außenseiter zu fühlen. Diese Einstellung lässt sich selbst bei einem Teil der Vertriebenen nach 1945 in der Bundesrepublik wiederfinden – unabhängig davon, wie erfolgreich die politische, wirtschaftliche und soziale Integration tatsächlich verlaufen ist. Sicher sind zahlreiche Klagen als Reaktionen auf reale Benachteiligungen im Alltagsleben zu interpretieren. Aber von einer massenhaften Zurücksetzung der Menschen zu sprechen, würde der Realität kaum gerecht werden. Zudem fanden Klagen eher Eingang in die Quellen als die Zustimmung der schweigenden Mehrheit. Die Gefahr eines verzerrten Blicks auf die damalige Lage ist also durchaus gegeben. Aufgrund der Tatsache jedoch, dass verschiedene Quellengattungen von diesem Phänomen berichten und das Spektrum der Ge-

<sup>25</sup> MICHAEL KRAUSE, Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen“ im Zweiten Weltkrieg und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943–1963. Düsseldorf 1997 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 109), S. 134 ff.

<sup>26</sup> GERHARD BOTZ, Der ambivalente Anschluß 1938/39. Von der Begeisterung zur Ernüchterung. In: *Zeitgeschichte* 6 (1978/79), S. 91–109.

währsleute vom NS-Führungspersonal bis zu NS-Gegnern reicht, ist das Phänomen eindrucksvoll.

Am Ende ist deshalb die Frage zu stellen, welche zusätzlichen Funktionen dieses Rekurrenzen auf die mindestens empfundene Zurücksetzung besaß. Hierzu zwei Überlegungen: eine bezieht sich auf die NS-Zeit, die andere auf die Nachkriegszeit:

1. In der NS-Zeit diente der Verweis auf Benachteiligung dazu, eigene Unzulänglichkeiten zu überdecken. Dort, wo jede Unbill des täglichen Lebens reichsdeutschem Verschulden zugewiesen werden konnte, war die Frage nach Eigenverantwortung kaum mehr zu stellen.
2. In der Nachkriegszeit knüpften sudetendeutsche Publizisten und Vertriebenenfunktionäre an das Bild vom kolonisierten Einheimischen dankbar an. Dieser trug an den Verbrechen des NS-Regimes angeblich keine Verantwortung. Der sudetendeutsche NSDAP-Apparat, der hohe Organisationsgrad der Partei und die massive Beteiligung sudetendeutscher Funktionäre an der Unterdrückung der tschechischen Minderheit verblassste dagegen bzw. wurde bewusst verschwiegen.

Die Hervorhebung der Opferrolle besaß somit epochenübergreifend eine – jeweils aktuelle und unterschiedliche – politische Funktion. Bei allen Gründen, die das Gefühl einer Benachteiligung rechtfertigten, ging es auch immer wieder um die Ablehnung der Übernahme von Verantwortung. Objekt statt Subjekt in einem historischen Prozess zu sein, Opfer und nicht Täter, betonten aber bekanntlich nicht nur Sudetendeutsche. Sowohl innerhalb der deutschen Mehrheitsbevölkerung als auch von Interessenvertretern anderer Gruppen der europäischen „Volksdeutschen“ nach dem Krieg wurde immer wieder auf solche Geschichtsbilder zurückgegriffen. Dass diese oftmals einen wahren Kern besitzen, macht die Erforschung ihrer Hintergründe in der gesamten Breite jedoch umso notwendiger.